

Zukunftsprobleme des Dualen Systems unter Bedingungen verschärften Wettbewerbs

Von *Dieter Timmermann*, Bielefeld

Gliederung

- I. Problemwahrnehmung: Die goldenen 90er Jahre des Dualen Systems?
- II. Das Duale System im verschärften Binnenwettbewerb
 1. Der verschärfte Wettbewerb zwischen dem Dualen System und konkurrierenden Bildungsgängen
 2. Der verschärfte Wettbewerb innerhalb des Dualen Systems um den Berufsnachwuchs
- III. Das Duale System im verschärften Wettbewerb zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft
 1. Der indirekte Wettbewerb des Dualen Systems mit alternativen Berufsbildungssystemen über die Güter- und Dienstleistungsströme
 2. Der direkte Wettbewerb des Dualen Systems mit alternativen Berufsbildungssystemen
- IV. Schlußfolgerungen
- V. Literaturverzeichnis
- VI. Diskussionsprotokoll

Dem Versuch, über die Zukunft des Dualen Systems in den 90er Jahren zu reflektieren, haftet notwendigerweise ein gerütteltes Maß an Spekulativem an. Wie Kau/Ehmann (1986) in ihrem „Szenario des Berufsbildungssystems bis 1995“ ebenso wie die BLK (1987) in ihren „Künftigen Perspektiven von Absolventen der beruflichen Bildung im Beschäftigungssystem“ des öfteren betonen, ist das Unterfangen, die zukünftige Entwicklung des Ausbildungsmarktes sowie des Arbeitsmarktes für Absolventen des Dualen Systems quantitativ zu beschreiben, von großen Unsicherheiten begleitet. Während z. B. Kau/Ehmann (1986, S. 11) die Vermutung äußern, das Beschäftigungsniveau der Bundesrepublik könne bis Mitte der 90er Jahre bei günstiger Wirtschaftslage auf 27 Mio. Erwerbstätige steigen, geht aus den Monatsberichten der Bundesbank hervor, daß bereits Mitte 1988 27,6 Mio. Personen beschäftigt waren (vgl. Bundesbank 1989, S. 69*). Dieser Beitrag wird sich weder mit den beiden genannten oder auch anderen quantitativen Szenarien auseinandersetzen noch eigene quantitative Projektionen vorlegen, sondern das Augenmerk wird auf die systematische Perspektive des Dualen Systems und seine strukturelle Zukunftsperspektive gerichtet sein. Die Überlegungen werden sich dabei argumentativ auf altbekannte bildungsökonomische Einsichten bzw. Implikationen stützen, die in den vergangenen 15 Jahren der Ausbildungsplatznot in Vergessenheit geraten zu sein schienen, die hervorzuholen dringend geboten erscheint. Die

folgende Perspektivenanalyse fällt weniger euphorisch aus als die meisten berufspolitischen Verlautbarungen der jüngsten Zeit. Es scheint aber, daß eine kritische und warnende Analyse, die auf Funktionsdefizite bzw. kritische Entwicklungsperspektiven verweist, für das langfristige Überleben des Dualen Systems eher funktional ist als eine überschwengliche Laudatio, die leicht über problematische Entwicklungsalternativen hinweggeht. Die Argumentation ist folgendermaßen aufgebaut: Am Anfang steht die Auseinandersetzung mit der Situations- und Perspektivenwahrnehmung, die zur Zeit beobachtbar ist. Diesen im Prinzip optimistischen Deutungen werden einige scheinbar vergessene bzw. verdrängte Thesen aus der berufsbildungspolitischen Diskussion der frühen 70er Jahre entgegengesetzt. Sodann werden die Bedingungen des erwarteten verschärften Binnenwettbewerbs im Hinblick auf ihre Implikationen für das Duale System erörtert. Dabei handelt es sich erstens um einen verschärften Wettbewerb zwischen dem Dualen System und anderen Bildungsgängen, zweitens um den härter werdenden Wettbewerb innerhalb des Dualen Systems selbst. Im 3. Abschnitt soll schließlich der Frage nachgegangen werden, inwieweit die fortschreitende EG-Integration insbesondere ab 1. Januar 1993 die Wettbewerbsbedingungen des Dualen Systems verschärft und welche Schlüsse sich daraus für die Perspektiven des Dualen Systems ziehen lassen.

I. Problemwahrnehmung: Die goldenen 90er Jahre des Dualen Systems?

Blickt man aufmerksam in die Verlautbarungen der einschlägigen Interessenverbände und der Berufsbildungspolitik zur Lage der Berufsausbildung in den 70er und 80er Jahren und zu deren Perspektiven in den 90er Jahren, so gewinnt man den Eindruck, als sei eine gewaltige Schlacht geschlagen, ein großartiger Sieg errungen worden, eine Schlacht gegen die überbordende Nachfrage nach Berufsausbildung, bedingt durch starke Jahrgangskohorten und gewachsene Ausbildungsinteressen unter den Jugendlichen, ein Sieg über die Skeptiker, die an der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Dualen Systems der Berufsbildung gezweifelt haben. Zuversicht, Stolz und Selbstzufriedenheit machen sich breit, insbesondere auf Seiten der Arbeitgeber und der Berufsbildungspolitiker, nur gelegentlich zeigt sich auch Nachdenklichkeit. Auf gewerkschaftlicher Seite dominiert hingegen nach wie vor Skepsis darüber, ob das Duale System auf der Basis seiner gewachsenen ordnungspolitischen Strukturen und Finanzierungsregelungen über eine befriedigende Steuerungsfähigkeit verfügt. Die Tatsache, daß die Ausbildungsnot der geburtenstarken Jahrgänge erstens unzureichend und zweitens nur mit starker staatlicher Unterstützung bewältigt werden konnte, wird als Ausdruck defizitärer Steuerungsleistungen und eines Modernisierungsbedarfs der Steuerungsstrukturen gewertet.

Unbeschadet dieser kontroversen Bewertungen der Systemstrukturen und Systemleistungen hat sich indessen in den vergangenen 15 Jahren ein gesell-

schaftlicher Grundkonsens aller gesellschaftlichen Gruppen darüber eingestellt, daß das Duale System der Berufsausbildung als System nicht ersetzbar ist. Im internationalen Vergleich unterschiedlicher Berufsbildungssysteme werden die Vorzüge des Dualen Systems (vgl. Lipsmeier 1986, S. 55 ff.; Sinnhold 1988, S. 1 - 78), das mittlerweile zum herausragenden Faktor der Standortqualität der Bundesrepublik befördert worden ist (vgl. Lenske 1988, insb. Zedler 1988), insbesondere darin gesehen, daß die Anpassungsfähigkeit des Systems an technologische Innovationen hoch ist (technologische Leistungsfähigkeit), die Jugendarbeitslosigkeit aufgrund der Berufsausbildungsquote von 70 % relativ niedrig gehalten, die Ausbildungsnot der geburtenstarken Jahrgänge wesentlich abgefedert wurde (sozialpolitische Leistungsfähigkeit), sowie die Gesellschaft mit hochqualifizierten Fachkräften beständig versorgt wird (Qualifikationsleistung) und der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen Ausbildungs-, Erwerbs- und Sozialchancen verschafft werden (bildungspolitische Leistungsfähigkeit), als auch beruflich und betriebliche Primärerfahrungen in systematischer Weise geboten werden (pädagogische Leistungsfähigkeit).

Demgegenüber werden dem Dualen System auch erhebliche Defizite nachgesagt (vgl. Lipsmeier 1986, S. 57 f.; Sinnhold 1990, S. 83 - 95, S. 196 ff., S. 365 ff.), z. B.:

- seien viele Betriebe (insbesondere Klein- und Mittelbetriebe) technisch unzureichend ausgestattet und vermittelten nicht das von den Ausbildungsordnungen geforderte Qualifizierungsspektrum,
- seien die pädagogischen Standards der betrieblichen Ausbildung häufig unzureichend, das gelte insbesondere im Hinblick auf die nebenamtlichen Ausbilder,
- seien die Auszubildenden mit ausgeprägt heterogenen Ausbildungsbedingungen nach Ausbildungsberufen, -betrieben und Regionen konfrontiert (unterschiedliche Angebotsbreite, Berufsbildungsdauer, Lernortstrukturen, Alter und Modernität der Ausbildungsordnung, Spezialisierungsgrad, Qualitätsunterschiede), so daß die Gleichwertigkeit der Ausbildungen und Abschlüsse eine formale Fiktion ohne materiale Basis sei,
- seien die Abstimmungsprobleme zwischen bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen und länderspezifischen Lehrplänen, zwischen Berufsschulen und Betrieben vor Ort ungelöst,
- könne ein hoher Anteil der individuellen Ausbildungs- und Berufswünsche nicht befriedigt werden,
- sei ein beständiger Bodensatz von nicht mit Ausbildungsplätzen versorgten Jugendlichen ausgegrenzt,
- sei das Duale System strukturell und inhaltlich im Hinblick auf das Geschlecht segmentiert,

- leide das Duale System an stabilen Fehlstrukturierungen zwischen Ausbildungsplatzangeboten und Arbeitsplatzangeboten bzw. Fachkräftebedarf. Damit seien soziale Kosten in Form von Arbeitslosigkeit oder Umschulungen vorprogrammiert.

Trotz dieser Systemschwächen erfährt das System heute allgemeine Akzeptanz. Ende der 60er Jahre hingegen war das Duale System in das Kreuzfeuer schwerer Kritik geraten. Verschiedene regionale „Lehrlingsstudien“, die Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates (1969) wie auch die Untersuchungen der Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der Berufsausbildung“ thematisierten gravierende Funktionsschwächen des Dualen Systems. Erhebliche Qualitätsstreuung, Konjunkturanfälligkeit, Fehlstrukturierung und Wettbewerbsverzerrungen wurden als Systemmängel identifiziert und stärkere staatliche Verantwortung, Umlagefinanzierung und eine allmähliche Umlenkung der Berufsausbildung vom Dualen System in die beruflichen Vollzeitschulen (vgl. Bildungsgesamtplan II, BLK 1973, S. 28-36) waren berufsbildungspolitische Schlußfolgerungen, denen sich auch die Sachverständigenkommission im Prinzip nicht entziehen konnte. Doch als Mitte der 70er Jahre überraschend plötzlich die drohende Ausbildungsplatzlücke angesichts der geburtenstarken Jahrgänge entdeckt wurde (vgl. Stifterverband 1976), begann für das Duale System die besagte Bewährungsprobe. Das Problem der Versorgung der geburtenstarken Jahrgänge mit Ausbildungs- und Studienplätzen drängte die zuvor diskutierten Struktur-, Qualitäts-, Steuerungs- und Finanzierungsprobleme völlig in den Hintergrund. Die Politik der Öffnung aller Ausbildungsgänge bzw. die Ausbildung auf Vorrat verengte unter dem Motto, daß überhaupt eine Ausbildung besser sei als keine Ausbildung, die Wahrnehmungsperspektive fast ausschließlich auf die quantitative Versorgungsproblematik.

Um so bemerkenswerter ist die in der Öffentlichkeit wenig gewürdigte Tatsache, daß nicht nur das Ausbildungsplatzangebot erheblich erweitert wurde, sondern daß auch die Mindestqualitätsanforderungen in einer Vielzahl von Berufsausbildungen durch deren Neuordnungen z. T. beträchtlich angehoben wurden. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auf die Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe verwiesen.

Gleichwohl ist die Erfolgsbilanz der 80er Jahre überschattet von problematischen Entwicklungen im Ausbildungsmarkt: Ein nicht vernachlässigbarer Anteil von Jugendlichen der Jahrgänge zwischen 1960 und 1970 blieb ohne Ausbildung. Die Schätzungen schwanken zwischen 340 000 (BMBW 1987) und 1,356 Mio. (Heidemann et al. 1988). Die Vermutung fehlstrukturierungsbedingter Betriebs-, Berufs- und Branchenwechselfälle erhärtet die „klassische“ Fehlstrukturierungsthese und überführt sie in die „erweiterte“ Fehlstrukturierungsthese (Sinnhold 1990, S. 204 ff.). Trotz aller berufsbildungspolitischen Bemühungen hat sich die geschlechtsspezifische Segmentation des Ausbildungsstellenmarktes gehalten (vgl. BMBW 1989, S. 104 f.). Die Diskrepanz zwischen der Struktur der Ausbildungsberufswünsche und der Struktur des Ausbildungs-

platzangebots wurde nicht abgebaut. Es wird vermutet, daß Ausbildungsqualität und Ausbildungsbedingungen nach wie vor stark streuen, daß insbesondere die pädagogische Qualifizierung vieler — vor allem nebenamtlicher — Ausbilder unzureichend sei.

Nun ist zu lesen und zu hören, diese Probleme seien die der 70er und 80er Jahre. Es wird suggeriert, als lösten sich diese Probleme quasi von selbst, und zwar in erster Linie dadurch, daß der Ausbildungsstellenmarkt aufgrund der nun zu erwartenden geburtenschwachen Jahrgänge umkippe vom Käufer- zum Verkäufermarkt. Der bislang vorherrschende Wettbewerb um Ausbildungsplätze weiche einem scharfen Wettbewerb um Auszubildende. Daß die vorausgesehene Entspannung des Lehrstellenmarktes zugleich als Problementwarnung wahrgenommen wird, zeigt sich daran, daß das berufsbildungspolitische Forschungs- und Handlungsprogramm sich auf vier ausschließlich qualitative Handlungsfelder zu konzentrieren bzw. zu verengen scheint. Neben der generellen Verlagerung der berufsbildungspolitischen Aufmerksamkeit von der Erstausbildung in das Feld der beruflichen Weiterbildung (erinnert sei in diesem Zusammenhang an die sog. „Qualifizierungsoffensive“; vgl. auch BMBW 1989, S. 129 ff.; Kau/Ehmann 1986, S. 38 ff.) sind dies:

- die zügige Umsetzung der neuen Ausbildungsordnungen vor Ort;
- die Entwicklung neuer Lehr- und Lernmethoden zur Herstellung und Förderung beruflicher Reflexions- und Handlungskompetenz, die durch den Rückgriff auf den Begriff der Schlüsselqualifikationen und die sich daraus ausdifferenzierenden fachlichen, überfachlichen, individuellen, sozialen und Methodenkompetenzen neu gefaßt wird. Bemerkenswert daran ist die über die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hinweg beobachtbare Konsistenz der neuen Qualifikationsrhetorik,
- die Weiterbildung der Ausbilder, um sie in die Lage zu versetzen, den neuen pädagogischen, fachlichen und sozialen Herausforderungen gerecht zu werden,
- die Integration und Reintegration von sog. Problemgruppen in die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Diese Problemstellung findet sich im großen und ganzen sowohl in den künftigen Schwerpunkten der vom Bundesinstitut für Berufsbildung angekündigten Berufsbildungsforschung wieder (vgl. BMBW 1989, S. 112 f.) wie auch in den berufsbildungspolitischen Schlußfolgerungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK 1987, S. 17-20). Sie werden ergänzt durch Zweifel an der erforderlichen Anpassungsfähigkeit der Berufsschulen wie auch durch den Verweis auf die erforderliche Anpassung des Prüfungssystems an die neuen Ausbildungsanforderungen (vgl. Spelberg 1990). Die Arbeitnehmerseite schließlich setzt hierzu z.T. gleiche, z.T. aber auch kritische Forderungsakzente: Neben einem ganzheitlichen Bildungsansatz, neben dem solidarischen (fördernden statt auslesenden) und dem ökologischen

beruflichen Lernen liegt ihr besonders die Herstellung der Chancengleichheit in der beruflichen Bildung (regionale, ethnische, geschlechtsspezifische, herkunftsbedingte und schulabschlußstrukturelle Chancengleichheit) am Herzen, weshalb sie die Segmentierung der Berufsbildung in dreieinhalbjährige Voll- und zweijährige Anlernberufe kategorisch ablehnt (vgl. Heimann 1990; BMBW 1989, S. 24 ff.).

Es wäre allerdings zu bedenken, daß die Entwarnung im Hinblick auf die Erstausbildung voreilig ausgesprochen sein könnte. Denn es bleiben eine Fülle von Fragen auch und gerade für die 90er Jahre offen. Z.B.: Sind die Jugendlichen, die seit 1975 bis heute keine Ausbildung erfahren haben, bereits eine Generation der Vergessenen, oder erhalten sie in den 90er Jahren eine 1. oder 2. Chance (340 000 oder 1,356 Mio.)? Was wird das Duale System denjenigen bieten, die in den kommenden 10 bis 15 Jahren ohne Hauptschulabschluß von Sonder- oder Behindertenschulen entlassen werden? Werden diese auf 1,03 Mio. Personen geschätzten Jugendlichen ohne Ausbildung bleiben, oder werden sie angesichts der erwarteten Nachwuchslücke in das Duale System aufgesogen werden, oder wird es für sie eigenständige (z.B. zweijährige) Ausbildungsgänge unterhalb der Facharbeiterebene geben? Wird es den Verkäufermarkt im Lehrstellenmarkt über einen längeren Zeitraum überhaupt geben, oder werden neue Rationalisierungswellen den Nachwuchsbedarf erheblich senken? Wird also die Nachwuchslücke überhaupt eintreten? Werden die Jugendlichen, die in den 90er Jahren Ausbildungsplätze nachfragen, alle ihren Wunschberuf erlernen können? Werden sich die regionalen Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen in den 90er Jahren verringern oder vielleicht sogar vergrößern? Werden Mädchen bzw. junge Frauen die Ausbildungsberufe wählen können, die sie sich wünschen bzw. die Zukunft haben? Wird die typische weibliche Berufsbildungsbiographie in den 90er Jahren durchbrochen werden? Werden die Berufsschulen den Modernisierungsschub infrastrukturell und personell bewältigen können? Wird die Abstimmung zwischen Berufsschulen und Betrieben verbessert werden können? Wie wird die zunehmende Konkurrenz zwischen Dualem System und Hochschulsystem um die relativ wachsende Gruppe der Abiturienten ausgehen? Wie werden sich die Qualifikationsanforderungen und Beschäftigungssysteme, insbesondere im Fachkräftemarkt, vor dem Hintergrund fortschreitender Informatisierung und sich wandelnder Produktions- und Dienstleistungskonzepte fortentwickeln? Von welchen Schulabgängern können die schulbildungsmäßigen Voraussetzungen der neu geordneten Berufe auf Dauer erfüllt werden? Reicht die Steuerungsfähigkeit des Berufsbildungssystems aus, um die Herausforderungen der 90er Jahre zu bewältigen?

Und schließlich die immer bedeutsamer werdende Frage: Wie wird die europäische Integration ab 1993 die Berufsausbildung in der Bundesrepublik tangieren?

Im folgenden wird nicht auf jede dieser Fragen eingegangen, sondern vor allem dem Problem nachgespürt, ob sich im Dualen Ausbildungssystem Tendenzen abschätzen lassen, die mittelfristig auf seine Erosion hindeuten. Diese Tendenzen können von sich intensivierendem Wettbewerbsdruck ausgehen, dessen Ursachen sowohl in Konstellationen innerhalb der Bundesrepublik als auch in den erwartbaren europäischen Integrationseffekten liegen können.

II. Das Duale System im verschärften Binnenwettbewerb

Sieht man zunächst von möglichen Effekten der europäischen Integration auf die Berufsausbildung in der Bundesrepublik ab, so kann man eine Reihe von Entwicklungstendenzen im Ausbildungs- und im Beschäftigungssystem der Bundesrepublik erkennen, die eine für Bestand und Struktur des Dualen Systems nicht unerhebliche Bedeutung haben werden. Ein erstes in diesem Zusammenhang bedeutsames Phänomen kann in der wachsenden Knappheit von Jugendlichen schlechthin gesehen werden, um die in den 90er Jahren alternative Bildungsgänge konkurrieren werden. Das zweite Problem von nicht minderer Bedeutung wird in der Knappheit von Absolventen des Dualen Systems und von Jugendlichen im Dualen System liegen, um die eine verschärfte Konkurrenz zwischen den Betrieben einsetzen wird, die ja z. T. schon heute beobachtbar ist.

1. Der verschärfte Wettbewerb zwischen dem Dualen System und konkurrierenden Bildungsgängen

In den vergangenen 15 Jahren konnte von einer Konkurrenz zwischen den verschiedenen Subsystemen der Berufsbildung, d. h. zwischen der Dualen Ausbildung, der vollzeitlichen Berufsausbildung und der hochschulischen Berufsbildung keine Rede sein. Im Gegenteil, die Ausbildungsnot der geburtenstarken Jahrgänge konnte nur durch eine quasi konzertierte Öffnung aller beruflichen und hochschulischen Bildungsgänge abgefedert werden. Die Komplementarität dieser unterschiedlichen Ausbildungsleistungen dokumentiert sich u. a. darin, daß — im wesentlichen bildungsnachfragebedingt — die Zahl und der Anteil von beruflich doppeltqualifizierten Absolventen des Bildungssystems, d. h. Personen mit vollzeitschulischer und dualer Ausbildung einerseits, mit beruflicher Ausbildung (dual oder vollzeitlich) und Hochschulausbildung andererseits deutlich zugenommen hat (vgl. als ersten Annäherungsindikator BMBW 1988, S. 104 und 166 bis 168; vgl. ferner BMBW 1989, S. 40-53).

Die Zeit dieses friedlichen Neben-, Mit- und Nacheinander geht dem Ende zu, und die Phase der Warteschleifen, die von Jugendlichen durch die genannten Subsysteme gezogen wurden, wird abgelöst werden durch eine längere Periode der Konkurrenz, deren Ende nicht absehbar ist. Diese Konkurrenz wird ausgelöst durch die bekannten demographischen Perspektiven einerseits, durch

ein absehbar verändertes Bildungsnachfrageverhalten andererseits und gespeist durch unterschiedliche Interessen der subsystemischen Träger. Während die Ausbildungsbetriebe in erster Linie wegen absehbarer Fachkräfte- und damit Berufsnachwuchsknappheit und wohl nur in zweiter Linie zwecks Auslastung ihrer Ausbildungskapazitäten um die Schulabsolventen werben, steht im Konkurrenzverhalten der beruflichen Vollzeitschulen sowie der Hochschulen (dort vorübergehend abgesehen von den noch überfüllten Fächern) das Kapazitätsauslastungsmotiv vorne an. Diese Konkurrenz zwischen den drei genannten Ausbildungssystemen kann für das Duale System deshalb als brisant angesehen werden, weil die Modellrechnung von Kau/Ehmann (1986, S. 23 ff.) und BLK (1989, S. 29 ff.) zu dem Ergebnis kommen, daß bis 1995 bzw. bis zum Jahr 2000 der Berufsnachwuchs mit abgeschlossener Berufsausbildung (hier dual und vollzeitlich) gerade ausreichen wird, um den Ersatzbedarf von ca. 6,4 bis 7 Mio Erwerbspersonen zu decken. Das bedeute aber, daß für den projektierten Expansions- und Substitutionsbedarf von ca. 1,3 Mio. Personen kein Angebot zur Verfügung stehen würde. Diese Fachkräftenachwuchslücke würde natürlich noch deutlich größer, wenn das Wirtschaftswachstum statt der angenommenen 2,5 % p.a. das gegenwärtige Tempo annähernd halten könnte. Da schwer abschätzbar ist, zu wessen Gunsten die Konkurrenz zwischen Dualer und vollzeitschulischer Berufsausbildung ausgehen wird, soll dieser Frage nicht weiter nachgegangen werden. Gegenüber der Konkurrenz zwischen dualem System und Hochschulsystem hat sie ohnehin ein deutlich geringeres Gewicht.

Angesichts der Tatsache, daß zur Zeit 13 % der Auszubildenden bereits das Abitur erworben haben bzw. daß derzeit etwa 1/3 der Hochschulberechtigten in die Berufsausbildung übergehen (vgl. BMBW 1989, S. 41 und 53), scheint die These plausibel, daß die zukünftige Struktur der Berufsausbildung in der Bundesrepublik in starkem Maße nachfrageseitig von der zukünftigen Abiturientenquote einerseits und den Ausbildungs- bzw. Studienwahlentscheidungen der Hochschulberechtigten andererseits bestimmt wird. Mit erwartbar stark wachsender Abiturientenquote bei sinkenden Jahrgangstärken (um etwa 40 %) müßte das Duale System in Zukunft in steigendem Maße Abiturient(inn)en rekrutieren, um die Nachwuchslücke in Grenzen zu halten. Auch die Deckung des Fachkräftebedarfs dürfte in vielen Branchen nur annähernd gelingen, wenn ein wachsender Anteil der Hochschulberechtigten eine Berufsausbildung im Dualen System durchlaufen und auf ein anschließendes Studium verzichten würde. Beide Bedingungen erscheinen für die 90er Jahre als abnehmend wahrscheinlich. Schon heute wird von jedem fünften Hochschulberechtigten, der eine Berufsausbildung gewählt hat, diese als Durchgangsstadium zu einem (spätestens nach 3 Jahren anschließenden) Hochschulstudium und damit zum Erwerb einer Doppelqualifizierung angesehen (vgl. BMBW 1989, S. 71).

Was spricht für diese Unwahrscheinlichkeitsthese? Projektionen zum Akademiemarkt (vgl. BLK 1989, S. 31-34) errechnen bis zum Jahr 2000 ebenfalls eine Hochschulabsolventenlücke von ca. 500 000 Personen. Geht man von dem sich zur Zeit andeutenden Ersatzbedarfs- und Expansionsbedarfsschub

im Lehrermarkt der Bundesrepublik in den 90er Jahren aus und nimmt man zugleich an, das Wirtschaftswachstum könne 0,5 bis 1 % — Punkte höher liegen als in der Projektion angenommen, dann ist schnell einsichtig, weshalb die Projektion des Hochschulabsolventenbedarfs als eher konservativ bewertet werden kann. Dieser wahrscheinliche zukünftige Mangel an Hochschulabsolventen wird, auch wenn man erhebliche strukturelle Diskrepanzen im Markt für Hochschulabsolventen wird konzedieren müssen, die Beschäftigungsperspektiven dieser Personengruppe in den 90er Jahren wesentlich verbessern, so daß mit folgenden, zeitlich versetzten Reaktionen auf der Bildungsnachfrageseite gerechnet werden kann:

- Erstens wird der Anteil der Hochschulberechtigten, die im Anschluß an eine Berufsausbildung ein Studium aufnehmen, steigen.
- Zweitens wird der Anteil der Studienberechtigten, die eine Berufsausbildung nachfragen, zurückgehen, und
- drittens wird der Sog in die Bildungseinrichtungen, die den Erwerb der Hochschulreife ermöglichen, noch einmal zunehmen. Eine besondere push-Wirkung mag zudem von der Ankündigung und Umsetzung der Absicht der französischen Regierung ausgehen, bis zum Jahr 2000 etwa 80 % der Jugendlichen bis zum Abitur zu führen.

Somit wird sich aller Voraussicht nach die Konkurrenz insbesondere zwischen dem dualen System der Berufsausbildung und dem Hochschulsystem um die Studienberechtigten in den 90er Jahren erheblich verschärfen und — so die These — vom Berufsbildungssystem verloren werden. Ob die Etablierung eines zweiten, spezifisch auf Studienberechtigte zugeschnittenen Dualen Systems (der Ausbau der sog. Alternativen zum Studium) dem starken Sog des Hochschulsystems wird entgegen wirken können, scheint äußerst zweifelhaft. Eher denkbar erscheint die Ersetzung größerer Bereiche der dualen Berufsausbildung mit bislang hohem Anteil von Abiturienten bzw. mit stark wachsenden schulischen Vorbildungsanforderungen durch das in bestimmten Bereichen bereits etablierte System von Hochschulstudium plus anschließender Traineeausbildung.

Als erstes Fazit bleibt die These, daß das Duale System in den 90er Jahren unter einer starken Nachwuchskräfteknappheit zu leiden haben wird. Dabei bleibt zunächst offen, in welchen Ausbildungsbereichen und -berufen sich der Nachwuchsmangel am ehesten und nachhaltigsten zeigen wird. Im Prinzip ist zu erwarten, daß die Nachwuchskräfte vorrangig in die Ausbildungsbereiche und Ausbildungsberufe strömen werden, die sich durch hohe Qualität der Ausbildungsbedingungen, erfolversprechende und anspruchsvolle Beschäftigungschancen sowie interessante Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auszeichnen. Eine hieraus ableitbare These würde prognostizieren, daß vor allem das Handwerk unter Nachwuchsmangel leiden wird. Bestätigende Klagen häufen sich; insbesondere das Bauhandwerk spürt seit Jahren einen drastischen Mangel an Auszubildenden, der sich noch verschärfen wird (vgl. Küchler 1989). Aber auch den Bereichen Einzelhandel, Gastgewerbe und Landwirtschaft wird

Nachwuchsmangel vorausgesagt (vgl. BMBW 1989, S. 18). Geht man davon aus, daß die Attraktivität von Ausbildungsberufen mit der Verwertbarkeit der Ausbildung im Beruf steigt, dann dürften (in abnehmender Intensität) Ernährungsberufe, Holz- und Bauberufe im Handwerk, Arzt- und Apothekenhelfer(innen)-Berufe, metallverformende und -bearbeitende Berufe im Handwerk, landwirtschaftliche Berufe und Handels- und Verkehrsberufe sowie Berufe in konsumnahen Dienstleistungen eher unter Nachwuchsmangel leiden, während (in zunehmender Intensität) gewerbliche Berufe in der Industrie, Metall- und Elektroberufe im Handwerk, Büroberufe, Berufe der Rechts- und Wirtschaftsberatung, Verwaltungsberufe, Industrie-, Bank- und Versicherungskaufleute und schließlich Technische Berufe und Berufe in produktiven Dienstleistungen keine Rekrutierungsengpässe haben werden (vgl. Kau/ Ehmann 1986, S. 32-37).

Stellt man über die Angebotsverknappung hinaus die auch in den 90er Jahren vermutlich steigende schulische Vorbildung der Ausbildungsplatzinteressenten in Rechnung, so scheint eine stärkere Segmentierung des Ausbildungsmarktes wahrscheinlich. Während anzunehmen ist, daß Industrie (insbesondere die Großindustrie), Großhandel, öffentliche wie private Dienstleistungen sowie die freien Berufe vorrangig die leistungsstärkeren Schulabsolventen/innen werden rekrutieren können, ist davon auszugehen, daß sich insbesondere das Handwerk, aber auch der Einzelhandel, Gastgewerbe, Baugewerbe und Landwirtschaft mit den leistungsschwächeren Schulabsolvent/innen begnügen müssen (ein ausbildungsberufsspezifischer „creaming-Effekt“ im Dualen System). Für die sog. Problemgruppen des Ausbildungsmarktes (Mädchen, ausländische Jugendliche, behinderte Jugendliche, lernschwache Jugendliche ohne Schulabschluß) könnte die Nachwuchskräfteknappheit allerdings Chancen auf eine Ausbildung im Dualen System eröffnen, die sie bislang nicht hatten („Integrationssoj“). Es muß jedoch auch davon ausgegangen werden, daß das Beschäftigungssystem mit neuen Rationalisierungsschüben auf die Fachkräfteknappheit reagieren wird, denen allerdings z. B. im Gast- und Baugewerbe enge Grenzen gesetzt sein dürften.

Hiermit im Zusammenhang steht die Frage, welche Absolventen der allgemeinbildenden Schulen die wachsenden — auch kognitiven wie intellektuellen — Qualifikationsanforderungen, die sich ja in steigende Anforderungen in der Berufsausbildung transformieren — wie am Beispiel der neugeordneten Metall- und Elektroberufe bereits beobachtbar —, auf Dauer werden noch erfüllen können. Diese Frage stellt sich insbesondere in den Wirtschaftsbereichen und Ausbildungsberufen, in denen im Zuge der informationstechnologischen Umwälzungen Veränderungen der Produkte, Verfahren, Arbeitsorganisationen und Qualifikationsanforderungen entlang der durch die Begriffe „Neue Produktions- und Dienstleistungskonzepte“ und „systematische Rationalisierung“ erfolgen (vgl. Alex 1990). Wird hier Mitte der 90er Jahre ein Hauptschulabschluß noch ausreichen? Wird es generell zu einer Polarisierung zwischen solchen Wirtschaftsbereichen und Ausbildungsberufsgruppen kommen, die für

„Neue Produktions- und Dienstleistungskonzepte“ offen sind, und solchen, die eher tayloristischen Prinzipien der Entwicklung von Technik, Arbeitsorganisation und Qualifikationsanforderungen folgen mit entsprechenden Implikationen für eine Segmentierung der Berufsausbildung?

2. Der verschärfte Wettbewerb innerhalb des Dualen Systems um den Berufsnachwuchs

Die Argumentation beschränkte sich bisher darauf, die wahrscheinlichen Verschiebungen in den mengenmäßigen Knappheitsrelationen im Ausbildungsmarkt zu erschließen. Am Ende dieser Gedankenkette steht die These vom Strukturwandel der Berufsausbildung in den 90er Jahren, wobei das neue Strukturbild, d.h. Ausmaß und Richtung der Ausdifferenzierung bzw. der Segmentierung und Polarisierung noch relativ offen ist.

Bildungsökonomische Reflexionen beschränken sich indes nicht auf die Betrachtung von Mengen und Mengenrelationen. Es gilt die pretialen Implikationen der sich ändernden Knappheitsrelationen sowie der Wettbewerbsstruktur in die Überlegungen mit einzubeziehen. Die These vom Strukturwandel des Dualen Systems könnte dann durchaus in eine These der Systemkrise überführt werden. Diese These soll im folgenden plausibilisiert werden.

Ausbildende Betriebe stehen in einer doppelten Konkurrenz um Personal. Zum einen konkurrieren sie mit allen anderen Unternehmen (der Region, der Branche, z.T. national und international) um Arbeitskräfte, insbesondere um ausgebildete Fachkräfte im Arbeitsmarkt. Zum zweiten stehen sie im Wettbewerb mit anderen Betrieben um Jugendliche im Ausbildungsmarkt. Für die folgende Argumentation sind nun zwei Prämissen wichtig. Erstens muß — wie bereits ausgeführt — davon ausgegangen werden, daß sich beide Konkurrenzen in den 90er Jahren erheblich verschärfen werden, und zweitens wird angenommen, daß das Kostenbewußtsein der Betriebe gerade im Hinblick auf die Ausbildungskosten als Folge der Kostendiskussion der letzten 20 Jahre sowie der Ausbildungskostenerhebungen (vgl. Sachverständigenkommission 1974; Falk 1982; Noll et al. 1983) deutlich gestiegen sein dürfte.

Eine erste These, die sich auf die wachsende Konkurrenz im Ausbildungsmarkt bezieht, lautet: die Nettoausbildungskosten der betrieblichen Berufsausbildung werden absolut und relativ erheblich steigen. Hierfür werden sich im wesentlichen drei Gründe verantwortlich zeigen: Erstens werden die Ausbildungskosten infolge der durch die neuen Ausbildungsordnungen implizit neu fixierten Qualitäts(mindest)standards steigen. Wenn auch die Sachverständigenkommission (1974, S. 202f.) statistisch keinen überzeugenden Einfluß der Ausbildungsqualität auf die Ausbildungskosten feststellen konnte, so kam sie in ihren Modellrechnungen über den Einfluß der Anhebung der Mindestqualität auf die Ausbildungskosten auf — je nach angenommener Qualitätsverbesserung — z. T. erhebliche Kostenzuwächse, insbesondere bei IHK-Betrieben mit bis zu

1000 Beschäftigten und bei Handwerksbetrieben sowie bei Betrieben in ländlichen Regionen (vgl. Sachverständigenkommission 1974, S. 231 ff.). Ob die von der Kommission (ebenda, S. 239-241) ebenfalls für möglich gehaltene Kompensation der Kostensteigerungen durch Ausschöpfung der Rationalisierungspotentiale genutzt werden kann, ist eine offene Frage. Die von Noll u. a. erhobenen Daten legen die Vermutung näher, daß die im Ausbildungspersonal und in den Anlage- wie Sachmitteln verborgenen Qualitätskomponenten zu den dort (1983, S. 85/86) ausgewiesenen Kostensteigerungen beigetragen haben.

Es kann also gefolgert werden, daß die in den 90er Jahren erwartbare Verbesserung der Inputqualitäten die betriebliche Ausbildung weiter verteuern wird (dies vermuten auch Kau/Ehmann 1986, S. 29). Eine besondere Bedeutung wird dabei das Ausbildungspersonal spielen. Wie Noll et al. (1983, S. 88) zeigen, haben die Kosten des Ausbildungspersonals 1980 durchweg ein größeres Gewicht als die Ausbildungsvergütungen. 1972 war es noch umgekehrt. Gleichzeitig wird aus der dortigen Übersicht deutlich, daß der Anteil der Personalkosten (d. h. die Kosten des Ausbildungspersonals und der Auszubildenden zusammen) 1980 gegenüber 1972 signifikant gestiegen ist. M.a.W.: Es ist das Gewicht der beiden Kostenarten gestiegen, von denen auch in den 90er Jahren ein starker Kostendruck ausgehen dürfte. So wird das Bemühen, die Qualität der Ausbilder anzuheben, aus mindestens zwei Gründen die Kosten des Ausbildungspersonals in die Höhe treiben: zum einen dürfte das Bestreben, die Anforderungen an die Eingangsqualifikationen der Ausbilder anzuheben, nur zu höheren Gehältern realisierbar sein, und zum anderen wird die für immer wichtiger gehaltene fachliche, überfachliche und insbesondere pädagogische Weiterbildung der Ausbilder erhebliche Personalkostensteigerungen verursachen. Zweitens ist damit zu rechnen, daß die Konkurrenz der Ausbildungsbetriebe um die Jugendlichen u. a. die Ausbildungsvergütungen in die Höhe treiben wird, und zwar vermutlich über das in den Tarifverhandlungen vereinbarte Maß hinaus. Analog zur „Lohn-Drift“ wird es eine „Ausbildungsvergütungs-Drift“ geben. Vom Baugewerbe wird beispielsweise bereits über den Versuch berichtet, Jugendliche über höhere Vergütungen anzulocken (vgl. Küchler 1989). Noll et al. (1983, S. 80) zeigen, daß sich allein zwischen 1972 und 1980 die Ausbildungsvergütungen im Durchschnitt verdoppelt haben. Drittens dürfte eine weitere Verlagerung der Ausbildungsprozesse vom Lernort Arbeitsplatz hin zu den Lernorten betriebliche Lehrwerkstatt, überbetriebliche Lehrwerkstatt und fachtheoretischer Unterricht die produktiven, ausbildungsertragsreichen Zeiten verringern und somit die Nettokosten der Ausbildung zu Lasten der Ausbildungserträge erhöhen.

Als Folge erwartbar beträchtlich steigender Nettokosten der betrieblichen Bildung werden eine ganze Reihe von Grenzbetrieben ihre Ausbildungsaktivitäten einstellen, insbesondere im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft und insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Im Sinne der Theorie des Personalmarketing von Sadowski (1980) wäre die Frage interessant, ob damit die Kosten der

Berufsausbildung im Verhältnis zu alternativen (z. B. externen) Rekrutierungsverfahren steigen werden und Berufsausbildung (d. h. interne Rekrutierung) als Personalbeschaffungsmaßnahme an Attraktivität verlieren könnte.

Nun ist der weitere, erhebliche Anstieg der Nettokosten der betrieblichen Ausbildung in den 90er Jahren solange für die ausbildenden Betriebe kein Problem, wie sie in der Lage sind, den Nutzen der Ausbildung zu internalisieren, indem sie das Leistungspotential der Ausgebildeten zumindest solange ausschöpfen können, bis die ausgelegten Kosten für die Steigerung des Leistungspotentials (humankapitaltheoretische Sicht) oder für die gelungene Selektion des „besten“ Leistungspotentials (Sicht des Personalmarketing Ansatzes) mindestens gedeckt sind. Dies setzt die Bindung der Ausgebildeten an den Ausbildungsbetrieb für eine bestimmte Mindestdauer voraus bzw. die Abwesenheit von zwischenbetrieblicher Mobilität in dieser Phase. In der Theorie von Becker (1975, S. 15 ff.) ist diese Bedingung nur bei betriebspezifischer Ausbildung erfüllt. Sadowski (1980, S. 38 ff.) hingegen beobachtet Immobilität gerade auch unter betrieblich ausgebildeten Fachkräften, deren Ausbildung selbst keine fluktuationshemmenden Faktoren erzeuge, weil sie zumindest in der Bundesrepublik starke generelle Züge trage. Nun ist allerdings auch eine „nur“ 50 prozentige zwischenbetriebliche Mobilität im Anschluß an eine Ausbildung (vgl. Hofbauer / Kraft 1974, S. 51) für die Ausbildungsbetriebe, die Ausgebildete abgeben müssen, nicht vernachlässigbar, zumal diese Abwanderung Klein- und Mittelbetriebe getroffen hat. Sofern der Weggang von Ausgebildeten Produktivitätsausfall impliziert und die Suche nach gleichwertigem Ersatz auslöst (entweder durch Expansion der Ausbildungsplatzkapazitäten im Folgejahr oder durch externe Personalbeschaffung), entstehen in jedem Fall zusätzliche Kosten. Externe Rekrutierung steht dann nicht als alternative, sondern als zusätzliche Beschaffungsmaßnahme an, die zusätzliche Kosten erzeugt. Insofern bedeutet jeder Weggang einer ausgebildeten Fachkraft nach Ausbildungsabschluß einen Investitionsverlust. Folglich sind Betriebe darauf angewiesen, Strategien des Personalmarketing zu entwickeln, um fluktuationsfähige Fachkräfte zu halten. Man könnte vermuten, daß je mehr externe Fluktuationsanreize geboten werden, die Ausbildungsbetriebe umso mehr interne Verbleibanreize bieten müssen. Diese sind nicht alle kostenneutral zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion ist eine zweite These zu sehen, die besagt, daß in den 90er Jahren die verschärfte Konkurrenz um knappe Fachkräfte mit dualer Ausbildung die Wettbewerbsverzerrungen zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben erheblich verstärken und erneut zu einem berufsbildungspolitischen Thema machen wird. Die Konkurrenz um betrieblich ausgebildete Fachkräfte im Arbeitsmarkt wird aus mindestens zwei Gründen schärfer werden. Zum einen aufgrund der erwartbaren generellen Knappheit dieser Arbeitskräfte und zum zweiten infolge zunehmender Transferierbarkeit der angeeigneten Qualifikationen in andere Betriebe, Branchen und Berufe.

Wenn man überhaupt Becker's Terminologie benutzen möchte (Sadowski 1980, S. 9-30 hat gezeigt, daß sie weder präzise noch empirisch gut operationalisierbar ist), so läßt sich behaupten, daß sich die bisherige Mischung allgemeiner mit betriebsspezifischen Ausbildungselementen zunehmend in Richtung auf eine vorwiegend generelle Ausbildung verschiebt, was in der Begrifflichkeit der überfachlichen, insbesondere aber der sog. Schlüsselqualifikationen im Zusammenhang mit der Neuordnung von Ausbildungsberufen zum Ausdruck kommt (vgl. Alex 1990; Bongard 1990). Besonders Schlüsselqualifikationen zeichnen sich durch ihre generelle Transferierbarkeit aus, und je größer ihr Gewicht in der Berufsausbildung in den 90er Jahren sein wird, umso höher wird die Fluktuationfähigkeit der Ausgebildeten, umso größer der Externalisierungsgrad des Ausbildungsnutzens sein. Es steht daher zu erwarten, daß die Konkurrenz zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben spürbar zunehmen und sich das Problem der Wettbewerbsverzerrungen schärfer stellen wird als Anfang der 70er Jahre (entsprechende Klagen von Betriebs- und Personalleitern wie von Personalberatern deuten schon jetzt darauf hin). Der Wettbewerb wird, um Sadowski's Gedanken aufzugreifen, allerdings nicht nur über den Preis ausgetragen werden, sondern die Betriebe werden ihr gesamtes Personalmarketinginstrumentarium einsetzen müssen, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Wenn aber Betriebe trotz eigener Ausbildungsanstrengungen ihren Fachkräftebedarf nicht decken können, ist die Gefahr eines Entmutigungseffekts groß, so daß insbesondere unter Klein- und Mittelbetrieben die Neigung, in betriebliche Bildung zu investieren, stark zurückgehen könnte. Einerseits besteht die Gefahr der Unterinvestition in betriebliche Berufsausbildung wegen steigender Ausbildungskosten, großer Wettbewerbsverzerrungen und nachlassendem Ausbildungsinteresse, andererseits wird der Parallelverlauf des Ausbildungsplatzangebots zur Konjunktur, d. h. die Konjunkturabhängigkeit in allen Ausbildungsbereichen und -berufen sehr wahrscheinlich zunehmen.

Damit dürfte schlußendlich aber auch die Finanzierungsdiskussion wieder aufleben. Zunächst, da die Aussicht auf Wettbewerbsverzerrungen, Unterinvestition in und Konjunkturabhängigkeit von beruflicher Bildung den Ruf nach überbetrieblichen Finanzierungsformen erneut wecken wird. Hinzu kommt, daß die technisch-bedingt sinkende Fähigkeit vieler Betriebe zur Vollausbildung (vgl. Kau/Ehmann 1986, S. 28) das Erfordernis überbetrieblicher Ausbildungs- und Finanzierungsformen (Fremdausbildung, Ausbildungsverbund, überbetriebliche Ausbildungsstätten) betonen wird.

Gegen die bisher vorgebrachten Überlegungen, die in der Summe auf die These eines erheblichen Bedeutungsverlustes und einer fundamentalen Krise des Dualen Systems hinauslaufen, könnte schließlich eingewendet werden, daß die eigentliche und unaufhebbare Funktion der Berufsausbildung gar nicht (mehr) darin liege, konkrete, arbeitsplatzbezogene oder abstrakte, transferfähige Qualifikationen zu erzeugen, zu vermitteln oder zu stärken, sondern darin, spezifische Einstellungen und Verhaltensdispositionen zu erzeugen, die für den Bestandserhalt des sozial und hierarchisch stratifizierten Beschäftigungssystems

unabdingbar seien und auf andere Weise (d.h. z.B. im Schulsystem) nicht erworben werden können; m.a.W.: die eigentliche Bedeutung des Dualen Systems liege gar nicht in seiner Qualifikations- sondern in seiner Sozialisationsfunktion. Gegen dieses zugegebenermaßen prima facie starke Argument lassen sich dennoch mindestens drei Einwände vorbringen: Erstens wäre erklärungsbedürftig, warum in anderen Industriestaaten, die über kein duales Berufsbildungssystem verfügen, dennoch — über funktionale Äquivalente — die erforderlichen dispositionalen Voraussetzungen gegeben sind. Zweitens wäre der Frage nachzugehen, warum Personen, die das Duale System nicht durchlaufen, offensichtlich dennoch äquivalente Einstellungen ausbilden. Und drittens wäre auch die Finanzierungsfrage wieder zu stellen: warum sollte nur eine bestimmte (kleine) Gruppe von Betrieben für die Erzeugung der systemerhaltenden Attitüden und Haltungen verantwortlich sein und die Kosten dafür aufbringen, obwohl der Nutzen für alle Betriebe sehr hoch und evident ist?

III. Das Duale System im verschärften Wettbewerb zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft

Die bisherige Argumentation hat mögliche Auswirkungen der vollständigen Integration der Länder der Europäischen Gemeinschaft, d.h. den Abbau aller Binnengrenzen und Handelsrestriktionen sowie die Herstellung des freien Verkehrs von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital bis zum 31. 12. 1992 außer acht gelassen (vgl. dazu Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1989). Diese Unterlassung ist problematisch. Es soll daher der Versuch unternommen werden, über die Folgen dieser Integration für das Duale System nachzudenken, wobei es zu betonen gilt, daß das Niveau des Spekulativen noch einmal deutlich steigt. Es ist davon auszugehen, daß Berufsbildungssysteme verschiedener Länder in zweifacher Weise miteinander konkurrieren: zum einen auf indirekte Weise über die Qualität der Produkte und Dienstleistungen sowie auch über deren Kosten und Preise (insofern als Ausbildungskosten die Stückkosten belasten und auf die Preise der Produkte und Dienstleistungen überwältigt werden); zum andern tritt bei vollständiger personeller Freizügigkeit das Duale System in direkte Konkurrenz zu alternativen (z. B. vollzeitschulischen) Berufsbildungssystemen. Die Perspektive der Auswirkungen beider Formen der Konkurrenz für das Duale System in den 90er Jahren soll nun ein wenig verfolgt werden.

1. Der indirekte Wettbewerb des Dualen Systems mit alternativen Berufsbildungssystemen über die Güter- und Dienstleistungsströme

Auszugehen ist von der Tatsache, daß entscheidende Schritte zur Schaffung des gemeinsamen Marktes ohne interne Handelsrestriktionen bereits seit Gründung der EWG 1958 getan wurden. So waren z. B. bereits Ende der 70er Jahre die Zollunion (d.h. der freie Warenverkehr im Inneren bei gemeinsamem

Außenzoll) wie auch die Freizügigkeit für Arbeitnehmer hergestellt (vgl. Möller 1979, S. 477ff.). Es ist zu vermuten, daß ein Teil des Wirtschaftswachstums einschließlich der Beschäftigungszuwächse der 80er Jahre mit den wachstumsfördernden Wirkungen vor allem dieses internen Abbaus der Zölle erklärt werden kann. Ein weiterer Integrationseffekt liegt offensichtlich in der Verlagerung der Handelsstruktur der EG-Mitgliedsländer vom Drittländerhandel hin zum Intra-EG-Handel. Dieser wuchs seit 1958 erheblich stärker als der Drittländerhandel und sein Anteil am Gesamthandel stieg bis 1986 von 32 auf 52% (vgl. Minx 1980, S. 296 und Siebert 1989, S. 14). Die bis Ende 1992 geplante Vollendung des Binnenmarktes (vgl. Möller 1979, S. 477-480) dürfte noch einmal erhebliche Wachstums- und Intra-Handelsschübe auslösen. Derartige Erwartungen richten sich insbesondere auf die Auswirkungen (vgl. Kommission der EG 1989):

- des Abbaus technischer Handelshemmnisse durch Harmonisierung technischer Vorschriften und Normen durch gegenseitige Anerkennung (z. B. im KFZ-Bereich, bei Arznei- und Nahrungsmitteln sowie Kommunikations- und Informationstechnologien),
- der Liberalisierung der Vergabe öffentlicher Aufträge,
- der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs (insbesondere des Transportwesens und im Banken- und Versicherungsgewerbe),
- der Liberalisierung des Verkehrs (See-, Luft- und Straßenverkehr),
- der Steuer- und Subventionsharmonisierung,
- der Niederlassungsfreiheit für Selbständige und der damit verbundenen Anerkennung („Entsprechung“) von Hochschulabschlüssen und beruflichen Befähigungsnachweisen (vgl. BMBW 1989, S. 168f.),
- der Förderung von Unternehmenskooperation,
- des Abbaus der Grenzkontrollen im Waren- und Personenverkehr,
- der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen.

Dem Cecchini-Bericht zufolge (vgl. Cecchini 1988) wird der hieraus resultierende verschärfte Binnenwettbewerb Preis- und Kostensenkungen zur Folge haben, wobei Kostensenkungen vor allem wegen Senkung der Transaktionskosten, stärkerer Rationalisierungsschübe und economies of scale erwartet werden. Unmittelbar konkurrenzbedingte Preissenkungen sieht der Bericht für eine Reihe von Dienstleistungen voraus (der Banken und Versicherungen, im Telekommunikationsbereich und in den Segmenten von Unternehmens-, Steuer-, Finanz- und Rechtsberatung sowie in den Bereichen Werbung, Public Relation, Verlagswesen sowie Forschung und Entwicklung). Über Preissenkungen und Entlastungen der öffentlichen Haushalte hinaus sieht der Bericht die segensreichen Wirkungen insbesondere in einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum und in der Schaffung neuer Arbeitsplätze für etwa 2 Mio. Personen EG-weit (vgl. Cecchini 1988, S. 130f.).

Diese Wachstums- und Beschäftigungseffekte werden zu einem großen Teil durch die Zunahme des intra-industriellen Handels zwischen den EG-Ländern

erzielt werden. Sowohl statisch-(neo)klassische wie dynamisch-nicht(neo)klassische Außenhandelstheorien (vgl. Minx 1980, S. 71 - 121; Siebert 1989, S. 16 - 112, insbesondere S. 80) sagen für die Bundesrepublik Nachfragewachstum, Produktionsschübe und Beschäftigungseffekte bei humankapitalintensiven Waren und Dienstleistungen voraus. In dem Maße, wie wettbewerbsverzerrende und für die Bundesrepublik standortnachteilige Regulierungen sowie Belastungen (z. B. Unternehmenssteuern) vereinheitlicht bzw. abgebaut werden, dürfte das Duale System als vorteilhafter Standortfaktor für die Bundesrepublik an Gewicht gewinnen (vgl. Zedler 1988), d. h. die Nachfrage nach dual ausgebildeten Fachkräften dürfte einen zusätzlichen Schub erhalten, der paradoxerweise die Gefahr der systeminternen Wettbewerbsverzerrungen durch knappheitsbedingte Verteuerung der Ausbildung, die Gefahr der Entmutigung von Ausbildungsbetrieben mit der Folge der Unterinvestition in betriebliche Ausbildung sowie die Gefahr der Konjunkturabhängigkeit der Ausbildung erhöhen würde. M.a.W.: die erwartbare wachsende indirekte Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Berufsbildungssystemen und dem Dualen System würde trotz dessen qualitativer Leistungsstärke die erwartete Systemkrise verstärken sowie die Umstrukturierungs- und Neufinanzierungsdiskussion fördern.

2. Der direkte Wettbewerb des Dualen Systems mit alternativen Berufsbildungssystemen

Ein direkter Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Ausbildungssystemen erfolgt zum einen bei der Konkurrenz um Auszubildende, zum anderen bei der Konkurrenz um Ausgebildete. Man könnte nun argumentieren, daß eine derartige Konkurrenz zwischen nationalen Ausbildungssystemen keinerlei praktische Bedeutung haben wird, da die Mobilität sowohl der Ausbildungsplatzsuchenden als auch der Ausgebildeten aus vielerlei Gründen, insbesondere aus Gründen der Sprachbarrieren gleich null sei. Wenn auch zur Zeit einiges für eine derartige These spricht, kann jedoch keineswegs ausgeschlossen werden, daß das innereuropäische Mobilitätsverhalten auf Dauer zunehmen wird. Schließlich haben schon früher Italiener, Spanier, Griechen und andere Europäer den Weg in die Bundesrepublik angetreten, und schließlich ist noch weitaus früher der deutsche Berufsnachwuchs während seiner Lehrjahre durch Europa gewandert. Warum sollte eine Renaissance dieses Mobilitätsverhaltens ausgeschlossen sein?

Nimmt man aber ein solches Wanderverhalten von Auszubildenden und Ausgebildeten für die 90er Jahre an, so sind mehrere Konstellationen vorstellbar.

Konstellation 1: Hier wird angenommen, die günstigen Ausbildungsbedingungen wie Berufsaussichten von dual ausgebildeten Fachkräften locken genügend ausländische Jugendliche aus anderen EG-Ländern an, um die angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Wir nehmen weiter an, daß diese

Jugendlichen nach erfolgreicher Ausbildung in der Bundesrepublik als Fachkräfte tätig werden. Unter diesen Umständen könnte der Markt für dual ausgebildete Arbeitskräfte entspannt, der Fachkräftemangel beseitigt und die Systemkrise des Dualen Systems unterdrückt werden. Das bedeutete in der Tat goldene Jahre für das Duale System.

Konstellation 2: Auch hier wird vorausgesetzt, daß unter den Jugendlichen anderer EG-Länder ein großes Interesse an einer Ausbildung im Dualen System in der Bundesrepublik besteht, daß die meisten aber (im Extremfall alle) im Anschluß an die Ausbildung in ihr Heimatland zurückkehren, weil sie dort als Fachkräfte begehrt sind und der Arbeit im Ausland die Berufstätigkeit im Heimatland vorziehen. In diesen Fall tragen die ausbildenden deutschen Unternehmen die Ausbildungskosten, während der Ausbildungsnutzen externalisiert, d. h. im Ausland internalisiert wird (im günstigsten Fall in Tochtergesellschaften bundesdeutscher Unternehmen). Es ist unschwer zu erkennen, daß in einem solchen Fall sich das Problem der Wettbewerbsverzerrungen verschärft, und zwar als ein europäisches stellen würde. Die Folgen für die Abneigung gegen Ausbildungsinvestitionen bundesdeutscher Betriebe wären drastisch und die Systemkrise virulent.

Konstellation 3: Hier wird angenommen, das Interesse ausländischer Jugendlicher an einer dualen Ausbildung in der Bundesrepublik bestünde nicht, wohl aber ein starkes Interesse ausländischer Betriebe an der Rekrutierung dual ausgebildeter deutscher Fachkräfte. Diese Konstellation würde die Fachkräfteknappheit in der Bundesrepublik drastisch verschärfen und noch stärker als in Konstellation 2 die Gefahr der Wettbewerbsverzerrungen und der Unterinvestition in duale Ausbildung beschwören.

In Konstellation 2 und 3 wäre vorstellbar, daß die ausbildenden Unternehmen in der Bundesrepublik resignieren, die Ausbildung einstellen und auf vollzeitschulisch ausgebildete Arbeitskräfte zurückgreifen würden. Damit aber würde eine Art „Greshamsches Gesetz der Berufsbildung“ wirksam werden, demzufolge die schlechtere Ausbildung die bessere Ausbildung verdrängt. Sollte diese Europäisierung der Wettbewerbsverzerrungen in der Berufsausbildung die Investitionsneigung in die duale Berufsausbildung stark dämpfen oder gar vollends erlahmen lassen, wäre die Frage der Berufsbildungsfinanzierung (z. B. eine Umlagelösung) nicht mehr eine nationale, sondern könnte nur auf europäischer Ebene angegangen und gelöst werden.

IV. Schlußfolgerungen

Die Zukunft der Berufsausbildung im Dualen System scheint ungewiß. Der Stolz auf die — wenn auch durch staatliche Unterstützung erst ermöglichte — Bewältigung der Ausbildungsplatznot der 70er und 80er Jahre ist verständlich, berechtigt aber keineswegs zu Euphorie. Steigende Qualitätsstandards und steigende Kosten der Ausbildung bei schärfer werdender Konkurrenz um die

Ausgebildeten werden verdrängte systemische Struktur- und Funktionsprobleme (Wettbewerbsverzerrungen, Unterinvestitionsgefahr, Konjunkturabhängigkeit) wieder aufbrechen lassen, die vermutlich durch die wachsende Konkurrenz um knappe qualifizierte Fachkräfte in ganz Europa noch verschärft werden. Es ist nicht auszuschließen, daß die Frage um die Kostenbelastung und Finanzierungsstruktur der dualen Berufsausbildung auf europäischer Ebene neu gestellt und beantwortet werden muß.

Literaturverzeichnis

- Alex, L.* (1990): Technisch-wirtschaftlicher Strukturwandel und neue Qualifikationsanforderungen unter besonderer Berücksichtigung der industriellen Metall- und Elektroberufe. In: Strikker/Timmermann 1990.
- Becker, G. S.* (1975): Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis, with special reference to education. 2nd edition New York 1975.
- Bongard, H. W.* (1990): Berufsausbildung im dynamischen Anpassungsprozeß an neue betriebliche Qualifikationsprofile — aus der Sicht industrieller Fertigungssysteme. In: Strikker/Timmermann 1990.
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1988): Berufsbildungsbericht 1988. Bonn 1988.
- (1988a): Grund- und Strukturdaten 1988/89: Bonn 1988.
- (1989): Berufsbildungsbericht 1989. Bonn 1989.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (1973): Bildungsgesamtplan Band I. Stuttgart 1973.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1987): Künftige Perspektiven von Absolventen der beruflichen Bildung im Beschäftigungssystem. Materialien zur Bildungsplanung, Heft 15, Bonn 1987.
- (1989): Gesamtbetrachtung zu den Beschäftigungsperspektiven von Absolventen des Bildungssystems. Materialien zur Bildungsplanung, Heft 18, Bonn 1989.
- Cecchini, P.* (1988): Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes. Baden-Baden 1988.
- Deutscher Bildungsrat (1969): Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung. Empfehlungen der Bildungskommission, Bonn 1969.
- Deutsche Bundesbank (1989): Monatsberichte, Juni 1989. Frankfurt 1989.
- Falk, R.* (1982): Kosten der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. In: Schläffke, W./Göbel, U. (Hrsg.): Berichte zur Bildungspolitik 1982/83 des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln 1982.
- Fels, G./Lemke, H./Wittkämper, G. W.* (1989): Beruf und Arbeitsrecht im EG-Binnenmarkt. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik. Institut der deutschen Wirtschaft, Band 147, Köln 1989.
- Heidemann, W./Klemm, K./Schober, K./Stoß, G./Westhoff, G.* (1988): Ausbildungskrise gelöst? Probleme verschieben sich in die Zukunft. In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik, 3/1988, S. 92-105.

- Heimann, K.* (1990): Zukunftsszenarien, Strukturdaten, Arbeitslandschaft. Gewerkschaftliche Antworten und Ziele. In: Strikker/Timmermann 1990.
- Hesse, H.* (1977): Außenhandel I: Determinanten. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 1, 1977, S. 364-388.
- Hofbauer, H./Kraft, H.* (1974): Betriebliche Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit — Betriebs- und Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 7, 1974, S. 44-66.
- Kau, W./Ehmann, Ch.* (1986): Szenario des Berufsbildungssystems bis 1995. Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Berlin/Bonn 1986.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1989): Vollendung des Binnenmarktes: Ein Raum ohne Grenzen. Brüssel 1989.
- Küchler, W.* (1989): Nachwuchsmangel trotz guter Berufsaussichten. In: Der Arbeitgeber, Nr. 18/41, 1989, S. 644/645.
- Lenske, W.* (Hrsg.): (1988): Qualified in Germany. Ein Standortvorteil für die Bundesrepublik Deutschland. Köln 1988.
- Lipsmeier, A.* (1986): Das duale System der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Arnold, R. (Hrsg.): Duale Berufsbildung in Lateinamerika. Schriftenreihe der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, 1986, S. 35-63.
- Mertens, D./Stoß, F./Tessaring, M.* (1977): Möglichkeiten zur Deckung der Ausbildungslücke in den kommenden Jahren. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1, 1977, S. 125-142.
- Minx, E.* (1980): Von der Liberalisierungs- zur Wettbewerbspolitik. Berlin-New York 1980.
- Möller, H.* (1979): Europäische Gemeinschaften. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 2, 1979, S. 472-503.
- Noll, I./Beicht, U./Böll, G./Malcher, W./Wiederhold-Fritz, S.* (1983): Nettokosten der betrieblichen Berufsausbildung. Schriften zur Berufsbildungsforschung 63, Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin 1983.
- Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung (1973): Zwischenbericht der Kommission, Bonn 1973.
- (1974): Abschlußbericht: Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung, Bundestagsdrucksache 7/1811, Bonn 1974.
- Sadowski, D.* (1980): Berufliche Bildung und betriebliches Bildungsbudget. Stuttgart 1980.
- Siebert, H.* (1981): Zölle I: Theorie und Politik. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band XII, 1981, S. 630-678.
- (1989): Außenwirtschaftslehre. 4. Auflage, Stuttgart 1989.
- Sinnhold, H.* (1990): Ausbildung, Beruf und Arbeitslosigkeit. Eine Strukturanalyse der Ausbildung im dualen System und der Beschäftigungschancen junger Fachkräfte. Bern et al. 1990.
- Spelberg, K.* (1990): Szenario des Berufsbildungssystems. In: Strikker/Timmermann 1990.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (1976): Die geburtenstarken Jahrgänge und die Aufnahmefähigkeit des Bildungssystems. Essen 1976.

Strikker, F./Timmermann, D. (1990): Berufsausbildung und Arbeitsmarkt in den 90er Jahren. Bern et al., erscheint 1990.

Zedler, R. (1988): Standortvorteil: Berufsausbildung. In: Lenske 1988, S. 75-98.

Zentralverband des deutschen Handwerks (1989): Wünsche und Forderungen des Handwerks zum europäischen Binnenmarkt. Schriftenreihe Heft 42, Bonn 1989.

VI. Diskussionsprotokoll

Die Diskussion im Anschluß an das Referat von Prof. Dr. Dieter Timmermann ging der Frage nach, inwieweit die von Timmermann behauptete Instabilität in der Realität heute wirklich zu beobachten sei. Der These wurde entgegengehalten, daß aufgrund der mangelnden Schulangebote und der frühen Möglichkeiten, Geld zu verdienen, auch in Zukunft immer mit einer Nachfrage nach dualen Ausbildungsplätzen gerechnet werden könne. Auf Unternehmensseite müsse außerdem berücksichtigt werden, daß die Berufsausbildung nicht nur Kosten verursache, sondern auch Vorteile, wie z. B. Reputationsgewinne, hervorbringe. Im Hinblick auf die Zukunftsoptionen wurde unterstrichen, daß es zwar leicht sein könne, ein neues Berufsbildungssystem hypothetisch klar zu entwerfen, daß es aber die realitätsnähere und schwierigere Herausforderung sei, in einem bestehenden System mögliche und sinnvolle Korrekturen aufzuzeigen.

In diesem Zusammenhang wurde wiederum auf die historische Entwicklung des dualen Ausbildungssystems hingewiesen, die deutlich den Wandel und die Anpassungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems dokumentiert. Während in der Anfangsphase die Lehrlingsausbildung ein „Handwerks-Kind“ gewesen sei, hätten danach industrielle Lehrwerkstätten die Gedanken der Lehrlingsausbildung aufgenommen, um eine industrielle „Arbeiterelite“ auszubilden; in den späten sechziger Jahren folgte dann die Forderung, alle Arbeiter sollten eine Ausbildung haben, diese solle nicht mehr „elitär“ sein; Mitte der 80er Jahre schließlich sei das duale Ausbildungssystem zum „Durchlauferhitzer“ für Abiturienten geworden und habe heute eine regelrechte „Schwammfunktion“.

In Zukunft werde es so sein, daß Jugendliche zunehmend wählen könnten. Die zentrale Frage sei, ob es dabei steuernder Eingriffe bedürfe. Sicher sein könne man darüber, daß eine zunehmende Auswahl an Ausbildungsangeboten von Jugendlichen auch genutzt werde und daß im Endeffekt ein Verdrängungsprozeß zwischen Ausbildungsgängen stattfinden werde. Eine zurückgehende Zahl an Jugendlichen schlage sich in den ausbildenden Betrieben wahrscheinlich in einem deutlichen Qualitätsdruck nieder, um ausreichend Auszubildende anziehen zu können. Es werde also in Zukunft, so die nachfolgende Diskussion, nicht eine Konkurrenz um Ausbildungen, sondern um Jugendliche geben, und

der zu erwartende Strukturwandel werde nicht den Bestand, sondern die Struktur des Systems gefährden. Änderungen seien in Richtung hin zu mehr Abiturienten und mit Blick auf die Ausbildungsbetriebe hin zu den Großbetrieben zu erwarten. Insbesondere sei der aus einem Angebot an betrieblicher Ausbildung resultierende Reputationsvorteil nur für Großbetriebe, nicht aber für kleinere und mittlere Betriebe eine relevante Größe, weshalb in diesen der Bestand des dualen Ausbildungssystems am meisten gefährdet sei. Nicht unmittelbar einsichtig sei allerdings, warum nicht auch Jugendliche aus anderen EG-Ländern die auftretenden Lücken füllen könnten. Ändern könne sich im Laufe der vorhergesagten Entwicklung insbesondere auch die Rolle der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Jugendlichen. Gleichzeitig sei eine Verschärfung regionaler Disparitäten wahrscheinlich. Statt einer Auflösung des dualen Systems könne die Entwicklung im übrigen auch dahin gehen, die Erwartungen an die Qualität der dualen Ausbildung und damit ihren Wert zu steigern. Auch in Zukunft könne dann — genau wie in der Vergangenheit in einzelnen Branchen, wie z. B. dem Bankensektor — die bevorzugte Einstellung von im dualen System ausgebildeten Arbeitskräften eine vorteilhafte Option sein.

Überhaupt dürften in Szenarien generell Gegenaktionen nicht vernachlässigt werden. Denkbar sei im Konkreten z. B. auch eine sich ändernde Attraktivität von Berufen oder gezielt eingesetzte politische Anpassungsstrategien. So bestehe aus der Sicht der Betriebe kein Interesse an einer uneingeschränkten Zunahme von Abiturienten oder gar Hochschulabsolventen. Zustände wie in japanischen Unternehmen, wo bis zu 92 % High-School-Absolventen „am Band arbeiten“ und wo also ein erhofftes social upgrading durch Abitur in der Realität zu einem down-grading umzuschlagen scheine, würden in bundesrepublikanischen Betrieben nur Frustrationen hervorrufen, die einen ganzen Betrieb lahmlegen könnten. Vielmehr gehöre es in der Bundesrepublik Deutschland zur Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen, das Arbeitsangebot in adäquate Stellen zu bringen. Soweit es wirklich eine Tendenz zur Praxisqualifizierung gebe, könne dies durch Kooperationen zwischen Unternehmen und Fachhochschul- oder Hochschulausbildungsgängen, die von vornherein Durchstiegsmöglichkeiten eröffneten, realisiert werden. Auf jeden Fall aber würde das duale Ausbildungssystem in Großbetrieben auch in Zukunft weiter betrieben. So werde es insbesondere für Problemgruppen und „fehlqualifizierte“ Erwachsene gebraucht, die — sofern in Zukunft zunehmend Ausbildungsplätze frei würden — ihre Chancen erstmals nützen könnten und würden.

Trotz des düsteren Szenarios für die Zukunft des dualen Ausbildungssystems sei eine ausreichende Zahl an Reaktionsmöglichkeiten denkbar. Aus Vergangenheitserfahrungen könne geschlossen werden, daß das duale System reagieren werde, indem es sich attraktiver mache, und daß, gegeben alle aufgezeigten Reaktionsmöglichkeiten, also auch ein gegenteiliges Szenario plausibel sei.